

Otto Mansdörfer
Hohkreuzstraße 5
75015 Bretten
Tel. 07252/958036 und 0721/133-1221
e-Mail: Ottohoh5@aol.com

Bretten, 19.07.2003

Verteiler:

Landrat Klaus Kretz, Abgeordnete, Regionalverband, Kommunalpolitiker in Bretten und Umgebung, Ortschaftsrat Gölshausen, Vereine, Verbände, Kirchen, Forstbehörden, Einzelpersonen

Flächenbereitstellungspolitik der Stadt Bretten für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe

Sehr geehrte ...

Die Presse berichtet ausführlich und häufig über die Aktivitäten der Stadt Bretten zur weiteren Ansiedlung von Industrie und Gewerbe in neu erschlossenen Bauflächen auf der Gemarkung der Stadt Bretten. Trotz des momentanen Erfolgs dieser Bemühungen wird bei einer mittelfristigen Betrachtung der Flächeninanspruchnahme, der daraus folgenden Wohngebietserweiterungen und der unlösbar damit verbundenen steigenden Verkehrsbelastung deutlich, dass eine unreflektierte Fortsetzung dieser Strategie zur einer wesentlichen Einschränkung der Lebensqualität in der Großen Kreisstadt Bretten insgesamt führt.

Die Stadt Bretten will derzeit weitere Industrieflächen im Anschluss an das Industriegebiet Gölshausen dadurch bereitstellen, dass große Teile des Rüdtwaldes abgeholzt und in Industriebauflächen umgewandelt werden. Dahinter stehen auch rein finanzielle Absichten, da der Wald als Gemeindeeigentum maximale Vermarktungserlöse verspricht.

Mit wachsender Sorge beobachten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bretten – jeglicher politischer Couleur – die Flächenpolitik der Stadt. Angesichts der immer konkreter sichtbaren Absicht der Stadt zur Waldumwandlung haben sich jetzt eine Reihe von Organisationen, Verbänden und Parteien entschlossen, **eine alternative Zukunftsperspektive zu formulieren. Sie unterscheidet sich positiv von der von OB Paul Metzger als immer auswegloser dargestellten Abholzung des Rüdtwaldes.**

Beigefügt erhalten Sie das gemeinsam erarbeitete Positionspapier „**Mehr Arbeitsplätze im Mittelbereich Bretten ohne Abholzung des Rüdtwaldes**“. Im Namen aller beteiligten Organisationen, Parteien und Verbände möchte ich Sie bitten, auch in Ihrem Wirkungsbereich dazu beizutragen, dass die künftige gewerbliche Flächenentwicklung im Mittelbereich Bretten auf eine neue Basis gestellt werden kann und eine weitere Konzentration von Industriebauflächen allein auf Bretten unterbleibt.

Mit freundlichen Grüßen



Otto Mansdörfer
im Auftrag der im Positionspapier
unterzeichneten Beteiligten

Mehr Arbeitsplätze im Mittelbereich Bretten ohne Abholzung des Rüdtwaldes

Die Nachfrage nach gewerblichen Bauflächen in Bretten übersteigt das Angebot. Nachdem alle Flächenreserven an den Entwicklungsschwerpunkten mittlerweile ausgeschöpft sind, sucht die Stadt nach weiteren Expansionsflächen für die Gewerbeansiedlung. Unter mehreren Varianten genießt die Abholzung von ca. 40 ha des stadt-eigenen Rüdtwaldes Priorität, da die Stadt zum einen Fall bestrebt ist, einen neuen Gewerbebestandort um jeden Preis auf der eigenen Gemarkung zu entwickeln, um die Gewerbesteuer vollständig einnehmen zu können, zum anderen weil so ein maximaler Erlös aus der Fläche zu erzielen ist.

Auf mittlere Sicht ein falscher strategischer Ansatz

Die Stadt Bretten betreibt die Ansiedlung von Betrieben seit geraumer Zeit sowohl zur Schaffung von Arbeitsplätzen als auch um Einnahmen durch die Gewerbesteuer zu erzielen. Da Bretten vorrangig produzierendes Gewerbe an sich zieht, kommt dies in erster Linie Brettener Bürgerinnen und Bürgern mit gewerblichen Ausbildungen zugute. Einwohner mit anderen beruflichen Qualifikationen sind dagegen überwiegend gezwungen, außerhalb der Stadt ihr Brot zu verdienen. Im Gegenzug kommen zahlreiche Einpendlerinnen und Einpendler nach Bretten – mitgebracht von ihren umgesiedelten Firmen. Aufgrund dieser selektiven Wirkung der Ansiedlungen auf dem Arbeitsmarkt steht der Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze leider kein entsprechender Abbau der Arbeitslosigkeit im Raum Bretten gegenüber. Teilweise werden sogar Engpässe beim qualifizierten Fachpersonal im Brettener Raum ausgelöst. Insgesamt hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bretten die Schwelle von 10.000 inzwischen überschritten, das sind rund 500 mehr als 1992, weil gleichzeitig an anderer Stelle Arbeitsplätze weggefallen sind.¹⁾ Bemerkenswert ist die Tatsache, dass dieser rechnerische Zuwachs sich seit 1994 ausschließlich aus dem Dienstleistungssektor speist, einem Handlungsfeld, auf dem die Stadt nur vergleichsweise geringe Aktivitäten entfaltet hat.

Flächenkonkurrenzen mehren sich – Nutzen schlägt in Schaden um

Die Ansiedlung einer so hohen Zahl von Arbeitsplätzen zieht automatisch eine verstärkte Wohnbautätigkeit nach sich, weil Pendler bestrebt sind, ihre Wege zur Arbeit zu minimieren. Im kommunalen Finanzsystem wird Bevölkerungswachstum mit Einnahmeverbesserungen belohnt. Deshalb fördert die Stadt Bretten auch die Wohnbautätigkeit nach Kräften und heizt den Flächenverbrauch auf diese Weise weiter an. Seit 1992 sind in der Großen Kreisstadt Bretten 160 ha für Wohnen und Gewerbe bereitgestellt worden, weitere 180 ha sind in der Planung²⁾.

Eine weitere Aufsiedlung des Kernraums zwischen Bretten, Gölshausen, Diedelsheim und Rinklingen verringert die Lebensqualität der Stadt drastisch. In diesem Kernraum stößt der Verbrauch von weiteren Naturflächen an seine Grenzen, die natürlichen Ausgleichsflächen für das Stadtklima sowie Flächen für die Erholung der Bevölkerung dürfen nicht weiter reduziert werden. **Die Grenzen der Belastung sind erreicht, das ökologische Gleichgewicht wird gestört ! Wald ist in einer solchen Situation unbedingt zu erhalten und nicht abzuholzen!**

Die wachsende Verkehrsbelastung - immer ein Sekundäreffekt der Industrieansiedlung – entwertet zusätzlich einen Teil der verbliebenen Freiflächen durch Lärm und Luftbelastung. Aber auch bestehende Wohngebiete verlieren an Wohnwert, z. B. im Hausertal entlang der B 35. Es ist zu erwarten, dass die Attraktivität der Kernstadt, Gölshausens, Diedelsheims und Rinklingens und als Wohnstandorte durch diese Entwicklungen mittelfristig zurückgeht. Endzustand könnte ein **Arbeitsort Bretten** sein, in dem viele arbeiten, aber nur noch diejenigen wohnen, die es sich nicht leisten können, nach außen weg zu ziehen. Einwohnerinnen und Einwohner gewinnen dürften dabei die Nachbargemeinden. Die Kernzone der Großen Kreisstadt Bretten kann sich so gleichzeitig zu einem

1) Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

2) siehe Anlage 2

wirtschaftlichen Schwerpunkt des Kraichgau und zu einem großmaßstäblichen sozialen Brennpunkt entwickeln.

Einer solchen einseitigen Entwicklung muss entgegen gewirkt werden !

Die eingefahrene Industrieansiedlungspolitik führt aber nur deshalb zu diesen Zuspitzungen, weil die Stadt aus monetären Gründen alle Ansiedlungen um jeden Preis auf der eigenen Gemarkung zu realisieren sucht. Würde die eingespielte Brettener Wirtschaftsförderung ihre Aktivitäten auf einen größeren Raum beziehen, wäre mit Überlastungsschäden kaum zu rechnen. **Es ist deshalb nicht die Entscheidung zwischen den schlechten Alternativen Diedelsheimer Dreieck, Schwarzerdhof und der ganz schlechten Alternative Rüdtswald zu treffen, sondern es ist ein neuer Weg einzuschlagen.** Im Hinblick auf die ungewisse Zukunft der Gewerbesteuer im europäischen Kontext wäre es darüber hinaus fahrlässig, die kommunale Einnahmeseite im Übermaß auf diese Steuer stützen zu wollen.

Ein neuer strategischer Ansatz ist notwendig

Es müssen Verhandlungen mit allen Gemeinden des Mittelbereichs Bretten und der Stadt Knittlingen aufgenommen werden zur Gründung einer

Wirtschaftsförderungsgesellschaft „Mittelbereich Bretten“.

Zweck der Gesellschaft ist es, alle oder ausgewählte bestehende Industrie- und Gewerbegebiete der beteiligten Gemeinden zu übernehmen und zu betreiben, das Flächenmanagement bei Nutzungswechseln zu leisten und bei Bedarf neue Gebiete nach überörtlichen Maßstäben zu entwickeln und zu erschließen. Gesellschafter sind die beteiligten Gemeinden, im Aufsichtsrat sitzen Gemeinderäte. Der Schlüssel für die Aufteilung der Kosten und der Gewerbesteuereinnahmen unter den Gemeinden wird in Verhandlungen festgelegt. **Die Stadt Bretten bringt ihr vorhandenes Know-how in der Ansiedlung von Betrieben voll in die Gesellschaft ein.** Als Übergangslösung muss eine bilaterale Übereinkunft mit der Stadt Knittlingen zur gemeinsamen Nutzung eines interkommunalen Industriegebiets getroffen werden. Die eingeschlafenen Gespräche sind wieder aufzunehmen.

Vorteile einer übergreifenden Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Bretten:

Ansiedlungswilligen Betrieben stehen alle Flächenreserven des gesamten Raumes offen. Ein Überlastung des Stadtgebiets durch gewerbliche Bauflächen findet nicht statt. Das Nebeneinander von überquellendem Gölshäuser Industriegebiet und ungenutzter Flächen in Flehingen hat ein Ende. Bereits die Aktivierung der jetzt erschlossenen gewerblichen Bauflächenreserven in den Mittelbereichsgemeinden führen zu einer Entspannung der heißgelaufenen Flächennachfrage in Bretten. Die (anteiligen) Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden verstetigt.

Vorteile für die übrigen Gemeinden:

Die in der Gewerbeansiedlung weniger erfolgreichen Mittelbereichsgemeinden um Bretten (seit 1992 gingen dort ca. 1.000 Arbeitsplätze verloren) partizipieren am Brettener Know-how und erhalten Ansiedlungen von Betrieben, die sie allein niemals hätten akquirieren können. Der Konkurrenzkampf zwischen den Gemeinden um Betriebe hört auf. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft öffnet für alle Gemeinden die Tür zu einem weitaus größeren und differenzierteren An siedlungsmarkt. Die Abhängigkeit der einzelnen Gemeinden von einzelnen Gewerbesteuerzahlern (z.B. E.G.O.) wird stark verringert. Das Angebot an Arbeitsplätzen in den einzelnen Gemeinden wird vermehrt und vielgestaltiger. Ein Gesprächsangebot von Bürgermeister Eberhard Roth, Sulzfeld, liegt vor. ¹⁾

Vorteile für eine nachhaltige, ökologische Stadtentwicklung Brettens

Die Kernstadt Bretten bleibt langfristig ein attraktiver Wohn- und Arbeitsstandort mit intaktem Naturhaushalt und sowie Zentrum für die überörtliche soziale Infrastruktur. Lebenswichtige Ausgleichs- und Erholungsbereiche bleiben erhalten. Der Pendlerverkehr wird mittelfristig abgeflacht, die hausgemachte Verkehrsbelastung wird begrenzt.

1) Heilbronner Stimme 28. 05. 2003, siehe Anlage 1

Vorteile für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen

Im Nordosten des Mittelbereichs kann – anders als in der Kernzone Bretten – bei unabweisbarem Bedarf auch ein neues Industriegebiet sehr viel verträglicher entwickelt werden. Möglichkeiten hierzu sind vorhanden, der Regionalplan steht dem nicht entgegen. Die Erschließung mit B293 und Stadtbahn und möglichem Schienengüterverkehr ist optimal. Gemeindegrenzen spielen für die Lage und Abgrenzung des Gebiets keine Rolle mehr, es kann optimal landschaftsschonend platziert werden.

Wirtschaftsförderung kann sinnvoll nicht mehr innerhalb der Grenzen einer einzelnen Gemeinde betrieben werden. Ein neues Denken muss hierzu einsetzen.

Die schädliche Brettener Kirchturmspolitik in der Gewerbeansiedlung muss aus Gründen des ökologischen Gleichgewichts, aus sachlicher Vernunft und zum nachbarschaftlichen Wohl aller beteiligten Gemeinden beendet werden.

Bretten, 19. 07. 2003

Dieses Positionspapier wird gemeinsam getragen von

Bund für Umwelt- und Naturschutz – Ortsgruppe Bretten

Ansprechpartner: Gerhard Dittes (Tel. 41618), Promenadenweg 41, 75015 Bretten

Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Ortsverband Bretten

Ansprechpartnerin: Monika Michel-Wittig (Tel. 80752), Katharina-Staritz-Str. 17, 75015 Bretten

Bürgerarbeitskreis Bretten (BAK)

Ansprechpartner: Franz Cizerle (Tel. 3451) Postfach 1170, 75001 Bretten

F.D.P. – Stadtverband Bretten

Ansprechpartnerin: Karin Gillardon (Tel. 95672), Alte Wilhelmstr. 6, 75015 Bretten

Naturschutzbund Bretten e.V.

Ansprechpartner: Hans-Jürgen Joswig (Tel. 4354), Lessingstr. 10/1, 75015 Bretten

Obst- und Gartenbauverein Bretten

Ansprechpartner: Udo Stammnitz (Tel. 7903), Hebelweg 2, 75015 Bretten

(jeweils Vorwahl Bretten 07252)

Anlage 1

Lieber Alternativen ausschöpfen, als den Wald abzuholzen

Von Heike Kinkopf

Wer zieht den Fisch an Land? Die Frage bewegt Kommunen, wenn's um die Ansiedelung von Industrie und Gewerbe im Kraichgau geht. Bei aller Konkurrenz - an Kooperation denkt Sulzfelds Bürgermeister. **„Bevor Bretten einen Wald abholzt, um neue Industriefläche zu schaffen“, erklärt Eberhard Roth, sollten Alternativen ausgeschöpft werden.** Das Denken über die Kirchturmspitze hinaus praktizieren Oberderdingen, Kürnbach, Zaisenhausen und Sulzfeld seit knapp fünf Jahren. Ihr gemeinsames Industriegebiet in Oberderdingen-Flehingen ist 40 Hektar groß. 16 Firmen belegen etwa zehn Hektar Fläche. Rund 100 Arbeitsplätze sind entstanden. Sulzfeld allein wäre gar nicht in der Lage, Industriefläche in geeigneter Größenordnung vorzuhalten. Die Bebauung ist zu dicht. Chancen eröffnet laut Roth die Zusammenarbeit mit den Zentren Eppingen, Bretten und Bruchsal. Beispiel Industriegebiet Tiefental in Eppingen: Auch damit die ortsansässige Firma Dieffenbacher expandieren kann, erschließt die große Kreisstadt neues Gelände. Kosten: 5,9 Millionen Euro. 30 Hektar sollen zum Jahresende bereitstehen. Die Nachbarn stoßen auf ähnliche Bedingungen: Sie liegen an der Bundesstraße 293. Sie setzen auf den Ausbau des Autobahnzubringers nach Sinsheim. Das gemeinsame Gelände in Flehingen offenbart zudem einen verantwortlichen Umgang mit der Ressource Fläche. Roth rückt „den Wert des Geländes als nicht vermehrbar“ ins Blickfeld.

Wird Land beansprucht, muss damit ein direkter Nutzen für die Allgemeinheit verbunden sein. Gemeint sind Arbeitsplätze. Das Bemühen, die Grundstücke in Flehingen zu vermarkten, unterliegt Kriterien. Eine Speditionsfirma, verdeutlicht Roth, beansprucht ein vergleichsweise großes Gelände bei geringer Mitarbeiterzahl. Eine weitere Handelskette anzusiedeln, fördert den Verdrängungsprozess. Konjunkturelle Flaute. Banken machen es mittelständischen Unternehmen bei der Finanzierung ihrer Projekte nicht leicht: Hürden, die der Ansiedlung im Wege stehen. In Oberderdingens Rathaus herrscht Zuversicht: Gerade erst ist ein Kaufvertrag abgeschlossen worden, bestätigt Bürgermeister Thomas Nowitzki. Die Zeichen stehen gut, dass weitere folgen. Eberhard Roth setzt auf Dialog. „Meines Erachtens sollten wir mit Bretten und Eppingen reden.“ Denkbar wäre, die Städte mit ins Boot der gemeinsamen Wirtschaftsfördergesellschaft zu holen. „Das setzt allerdings atmosphärische Grundlagen voraus, die nicht immer gegeben sind“, spielt Roth auf das Verhältnis zwischen Oberderdingen und Bretten an.

Dass sich ein Zusammenraufen lohnt, erfährt Sulzfeld: 122 000 Euro spült das Areal in Flehingen in die Kasse - Sulzfelds Anteil an den Einnahmen aus der Gewerbesteuer.

Heilbronner Stimme vom 28.05.2003

Anlage 2

Flächenverbrauch der Großen Kreisstadt Bretten (1992 - 2002)

Baugebiet	Größe in Hektar	Ortsteil	Jahr
<u>Industriegebiet Gölshausen:</u>			
Abschnitt III	34		1992
Feldbrünne IV	8,6		1998
Steinäcker V	12		2002
<u>Wohnbebauung:</u>			
Kupferhölde	25	Kernstadt	1992
Schreiberle	3,4	Gölshausen	1993
Kleines Feld	2,8	Ruit	1998
Breitwiesen	2	Rinklingen	1999
Wasen	1,6	Sprantal	2000
Näherer Kirchberg	1,7	Neibsheim	2001
Neibsheimer Weg	2,5	Büchig	2001
Pabstberg	3	Bauerbach	2001
<u>Sonderflächen:</u>			
Diedelsheimer Höhe I	4,3	Diedelsheim	1994
Diedelsheimer Höhe II	7,5		2000
Fingeräcker	1	Büchig	1998
Freizeitzentrum	3	Diedelsheim	1999
Malschäcker	3,9	Diedelsheim	1999
Salzlecke insgesamt	10,8	Kernstadt	1999
Sportplatz	2,7	Sprantal	1999
Zuchtanlage	1,4	Bauerbach	1999
Sportanlagen	3,4	Büchig	2001
Umgehung Gölshausen	26	Gölshausen	2002/2003

Summe: 160,6 ha

Vom Gemeinderat beschlossen bzw. Beschluss vorgesehen

Rüdtwald	40ha	<u>plus Ausgleichsfläche von 56 ha (x1.4)</u>	
„Im Steiner Pfad“	16 ha	Kernstadt	2002
„See“	5,8 ha	Diedelsheim	2002
Gartenschau	37,2 ha	Kernstadt	2002
FNP-Fortschreibung	80 ha	Gesamtstadt	
Wohnbebauung			

Summe: 179 ha